

Rede von Bürgermeister Urban Mangold bei der Mahnwache
zum 4. Jahrestag der Atom-Katastrophe von Fukushima am 11. März 2015
am Passauer Ludwigsplatz

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 26. April 1986 kam ich am Abend mit dem Zug aus München zurück und sah im Fernsehen die Nachricht von den Ereignissen in Tschernobyl.

In den folgenden Tagen erlebten wir in Deutschland ein Krisenmanagement, das sich in mein Gedächtnis eingebrannt hatte. Atomkonzerne, die beteuerten, dass so etwas sei bei uns nicht möglich wäre und den damals zuständigen Minister Zimmermann, der erklärte: Eine Gefährdung der deutschen Bevölkerung durch die Katastrophe sei "absolut auszuschließen".

In unserer heutigen Kommunikationsgesellschaft wäre eine Täuschung der Bevölkerung wohl schneller an den Pranger gestellt als damals in den 80er Jahren. Aber die Konzerne würden wieder alles aufbieten, um die Wahrheit so lange wie möglich zu unterdrücken – so wie noch heute in Fukushima, wo man versucht, die Bevölkerung mit Falschinformationen ruhig zu stellen.

Erinnerungsarbeit ist deshalb wichtig: Denn nach einer Atomkatastrophe wäre das Leben in unserem dicht besiedelten Land furchtbar und chaotisch:

- Verstrahlte Bereiche würden von weniger verstrahlten abgeriegelt
- Menschen von einem zum anderen Tag ihrer Lebensperspektive beraubt
- Eltern wüssten nicht mehr, wo sie unverstrahlte Nahrung für ihre Kinder herbekommen sollen während die Atomkonzernlenker mit ihren Familien im Privatjet dort hinfliegen, wo sie weiter ihr Leben leben können.

Der wichtigste Satz aller wichtigen Sätze, der unser Land zusammen hält und zurecht ganz oben in Art 1 Abs. 1 unserer Grundgesetzes steht „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – diesen Satz könnten in weiten Teilen Deutschlands die Betroffenen der Atomkatastrophe nur noch als Hohn empfinden.

Tschernobyl und Fukushima lehren uns alle:

Der Tag, an dem die Würde des Menschen von den vier Energiekonzernen angetastet wird, kann schneller da sein als man glaubt.

Tschernobyl und Fukushima lehren uns:

Der wichtigste Satz aller wichtigen Sätze unserer Verfassung ist eine Herausforderung an den Deutschen Bundestag, den Zick-Zack-Kurs zu beenden und eine auf Dezentralität aufbauende regenerative Energieversorgung endlich zu realisieren.

Längst hätte man die richtigen Schlüsse ziehen müssen und ...

- ein Markteinführungsprogramm für dezentrale Stromspeicherung starten sollen. Aber ein zweites Markteinführungsprogramm, das den Eigentümern der zentralen Energieversorgung die Pfründe nimmt – das will diese Bundesregierung natürlich nicht. Kein Wunder, wenn den Parteien seit Jahrzehnten von Konzernen und Industrieverbänden die Parteikassen mit Riesensummen vollgestopft werden.
- Wir brauchen die notwendige Fläche für den Ausbau der Windenergie und keine unsinnige Seehofer-Abstandregelung
- Markteinführung von Langzeitspeichern für Erneuerbare Energien z.B. auf chemischer Basis (Power to Gas oder Power to Liquid bzw. Methan oder Methanol)
- Rückbau von Braun- und Steinkohlekraftwerken im gleichen Maße, wie Solar- und Windanlagen ausgebaut werden. Rückbau zum einen wegen ihrer Klimaschädlichkeit – zum anderen aber auch, damit nicht zwei inkompatible Stromversorgungssysteme gleichzeitig betrieben und bezahlt werden müssen!
- Und wir brauchen eine aktive Rolle der örtlichen Stadtwerke

Damit wäre die Energiewende möglich.

Das technisch und wirtschaftlich Machbare muss aber politisch gewollt sein. Das ist es aber leider mit dieser Bundesregierung nicht.

Das letzte haarsträubende Beispiel hierfür:

Mit knapper Mehrheit hat die alte EU-Kommission im Oktober als eine ihrer letzten Amtshandlungen ein Subventionsprogramm und garantierte Einspeisevergütungen für den Neubau eines der größten Atomkraftwerke der Welt beschlossen. Es wird in Großbritannien entstehen und gilt als Bezugsfall für andere neue AKWs in ganz Europa.

Nur eine einzige Stimme in der EU-Kommission weniger hätte das Aus für die Atom-Pläne bedeutet. Das Zünglein an der Waage: die in Abstimmung mit Angela Merkel und Sigmar Gabriel abgegebene Stimme des ehemaligen EU-Energiekommissars Günther Oettinger.

Und deshalb sage ich:

Diese Bundesregierung hat mit ihrem Zick-Zack-Kurs in der Energiepolitik jede Glaubwürdigkeit völlig verspielt.

Eine zusätzliche Überschwemmung des Strommarktes mit subventioniertem Atomstrom belastet auch die im Wettbewerb stehenden lokalen Stadtwerke. Die Rentabilität ihrer Investitionen in regenerative Kraftwerke steht dann auf der Kippe.

Deshalb haben sich die Stadtwerke Passau auf Vorschlag der ÖDP-Fraktion einer von den Elektrizitätswerken Schönau eingereichten Beschwerde angeschlossen.

Gut so, Herr Weindler! Aber gar nicht gut finde ich, dass wir in Passau nach wie vor den Löwenanteil unseres Stadtwerkstroms vom Vorlieferanten E.ON erhalten. Mit solchen Leuten wollen wir keine Geschäfte machen!

- weil dieser Konzern unser Leben bedroht
- weil dieser Konzern im Gefolge von Vattenfall auch noch Geld vom deutschen Staat für die Stilllegungen nach Fukushima haben will.

Die Adresse, die Berlins Spitzenpolitiker zittern lässt, liegt nicht weit entfernt vom Weißen Haus. Granit, Glas, Marmor - in einem riesigen Gebäude der Weltbank hat eines der verschwiegensten und zugleich mächtigsten Schiedsgerichte der Welt seinen Sitz: das Internationale Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten Staaten und Konzernen.

Rechtsgrundlage ist die sogenannte Energie-Charta, eine internationale Vereinbarung für Investitionsschutz bei Energie-Investitionen.

Wir sollten deshalb auch heute bei dieser Fukushima-Mahnwache den Blick erweitern auf die Frage: Was kommt noch alles auf uns zu, wenn auch noch alle anderen Bereiche des Lebens durch internationale Vereinbarungen so geregelt werden, dass Konzerne gegen missliebige Gesetze im Gesundheits-, Verbraucherschutz und in der Sozialgesetzgebung klagen können.

Bei den Freihandelsabkommen TTIP und TISA geht es um viel mehr als um Chlorhühnchen den Schutz der Nürnberger Rostbratwürste.

Es geht darum, ob die von uns gewählten Politiker überhaupt noch handlungsfähig bleiben oder ob alle Gesetze unter einem Zustimmungsvorbehalt des internationalen Großkapitals stehen.

Für uns steht fest: Wir verteidigen weiterhin den Vorrang der Politik vor dem Ökonomischen. Wir wollen unseren eigenen selbstbestimmten Weg gehen. Wir wollen uns nicht von 4 Energiekonzernen, die sich aufführen wie 4 Besatzungsmächte, unseren Weg vorschreiben lassen. Wir wollen uns auch nicht von US-Konzernen den Weg unseres Landes vorschreiben lassen.

Frau Merkel, Herr Gabriel, Sie können ganz sicher sein: Wir haben den Mut zum Unmut!

Wir fordern von Ihnen: kein Kniefall vor Energiekonzernen, kein Kniefall vor den internationalen Konzernlobbyisten

Wir alle fordern: Mensch vor Wirtschaft!